



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 47/2005

SENDESPERRFRIST: 21. Dezember 2005, 11.30 Uhr

SPERRFRIST: 21. Dezember 2005, 12.00 Uhr

Deutsche Wirtschaft 2006/2007:
Aufschwung mit Januskopf

Ansprechperson: Prof. Dr. Udo Ludwig (Tel.: 0345/77 53 800)

Halle (Saale), den 21. Dezember 2005

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf

Wichtige politische Rahmenbedingungen für die Konjunktur in Deutschland haben sich geändert. Der Koalitionsvertrag ist beschlossen, allerdings ist die Ausgestaltung konkreter Maßnahmen in vielen Punkten noch offen. Die weltwirtschaftliche Entwicklung hat überraschend stark zugelegt, so daß auch von daher die Vorhersagen neu justiert werden müssen.

Deutschland hat nach mehreren Anläufen inzwischen seinen Weg zum zyklischen Aufschwung gefunden. Er führt – wie seit längerem vorhergesagt – vom Export über die Anregung der Investitionsaktivitäten zur Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs. Der Konsum der privaten Haushalte bleibt hingegen wegen der ungenügenden Beschäftigungseffekte zurück. Im Jahr 2006 wird er nun ein wenig Schwung erhalten – allerdings mit Schützenhilfe. Die Finanzpolitik ist zwar restriktiv ausgerichtet. Die für den 1. Januar 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung wird die privaten Haushalte jedoch zu vorgezogenen Käufen veranlassen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 2006 beflügeln. Da diese Ausgaben 2007 fehlen werden, folgt eine Delle nicht nur im Konsum, sondern auch in der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Hier offenbart sich das Janusgesicht der staatlichen Eingriffe. Auf die politikinduzierte Stärkung des konjunkturellen Aufschwungs im Jahr 2006 wird eine Tempoverlangsamung folgen. Die Inlandsnachfrage bricht ein. Solange jedoch der Aufschwung in der Weltwirtschaft kräftig bleibt, ist die Gefahr einer rezessiven Entwicklung in Deutschland gering. Außerdem werden die Investitionen in Deutschland durch die zeitlich begrenzte Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen gestützt.

Im gesamten Prognosezeitraum wird die Inflationsrate um die Zwei-Prozent-Marke schwanken. Die ölpreisbedingte Teuerung wird zwar 2007 nachlassen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Preisauftrieb jedoch verstärken. Auf Verspannungen am Gütermarkt muß daraus nicht geschlossen werden, es sei denn, es kommt zu einer Lohn-Preis-Spirale bei den anstehenden Tarifabschlüssen. Dies ist hier nicht unterstellt.

Die deutschen Exporte profitieren im Prognosezeitraum von der anhaltenden Expansion der Weltkonjunktur, den Nachwirkungen der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie von der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum dank der erneut gestiegenen Kostenvorteile. In allen großen Absatzgebieten der deutschen Wirtschaft, nicht nur in den Wachstumszentren USA und China, sondern auch im Euroraum, ist inzwischen trotz nach wie vor sehr hoher Öl- und Rohstoffpreise ein investitionsgetragener Aufschwung in Gang gekommen. Dies kommt der auf hochwertige Investitionsgüter spezialisierten deutschen Exportwirtschaft entgegen und eröffnet große Wachstumsspielräume. Die Terms of Trade verschlechtern sich zwar weiterhin, aber nur noch leicht.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich bei dem politikinduzierten Auf und Ab des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs wenig verbessern. Die Erwerbstätigkeit wird zwar infolge der Wirkung der Reformansätze auf dem Arbeitsmarkt und mit dem Erreichen der Beschäftigungsschwelle im gesamten Prognosezeitraum steigen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird aber bis in das Jahr 2007 hinein zurückgehen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird 2007 um 1,2% zunehmen, nach 1,7% im Jahr davor. In Ostdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 2006 weniger von den Vorzieheffekten aufgrund der Anhebung der Mehrwertsteuer profitieren. Zwar erhält auch sie mit der Stärkung von Konsum und Investitionen Impulse, wegen des geringen Anteils der Investitions- und Gebrauchsgüterzweige in der Region werden diese jedoch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und seine Schwankungen nur marginal beeinflussen.

Gemäß dieser Konjunkturprognose wird sich die Produktionslücke in Deutschland vorübergehend verringern. Hat damit die Wirtschaftspolitik schon die Weichen für nachhaltig mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt? Hier sind Vorbehalte angebracht. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte wird zwar in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt unter 3% gesenkt. Die Konsolidierung erfolgt jedoch vorrangig über die Einnahmeseite, und die Erhöhung von Steuern sowie die Schaffung von neuen Ausnahmetatbeständen begründet neue Ineffizienzen. Die Konsolidierung über die Ausgabenseite ist gering und reicht nicht aus. Strukturell notwendige Reformen im Bereich der Unternehmensbesteuerung und im Gesundheitswesen sind aufgeschoben worden, teilweise bis in die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Bis dahin wird die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur durch strukturelle Fehlentwicklungen belastet, sondern auch durch die Unsicherheit darüber, welche Reformen beschlossen werden. Bei wieder nachlassender Konjunktur muß weiterhin mit einem hektischen „Hinterherhaken“ gerechnet werden, denn nach wie vor fehlt der Finanzpolitik ein geschlossenes Konzept. Zu sehr stehen Maßnahmen in einzelnen Politikfeldern im Mittelpunkt; zu

wenig werden Wechselwirkungen beachtet und eine Gesamtschau fehlt. Die Komplexität wirtschaftlicher Entscheidungen wird auf diesem Wege oft nur unzureichend erfaßt. In der Folge setzen die beschlossenen Maßnahmen häufig nicht am Kern an und sind mithin wenig zielführend. So bleibt eine befriedigende Lösung aus und häufig werden Probleme sogar neu begründet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat jüngst nach langem Abwarten den Leitzins um 25 Basispunkte angehoben. Ob mit dieser zinspolitischen Entscheidung eine regelrechte Trendwende in der Politik der EZB eingeleitet wurde und bald mit weiteren Zinserhöhungsschritten zu rechnen ist, wird von der Entwicklung der Inflationserwartungen im Euroraum abhängen. Der Gefahr eines Anstiegs dieser Erwartungen sollte die Notenbank durch eine vorsichtige Anhebung des Leitzinses begegnen, zumal im Zuge des seit geraumer Zeit hohen Geldmengenwachses ein erheblicher Liquiditätsüberhang entstanden ist, der sich schnell in eine Inflationsbeschleunigung übersetzen kann. Bei der in dieser Konjunkturprognose unterstellten Zinsanhebung im Jahr 2006 um einen halben Prozentpunkt bleibt die Geldpolitik noch expansiv ausgerichtet.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2006 und 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,3	0,3	0,2
Staatskonsum	-0,3	0,6	0,3
Anlageinvestitionen	-0,2	2,0	0,7
Ausrüstungen	5,3	5,5	3,1
Bauten	-4,3	-0,5	-1,5
Sonstige Anlagen	2,0	4,0	1,2
Inländische Verwendung	0,1	0,8	0,2
Exporte	6,3	6,6	5,3
Importe	4,6	5,3	3,7
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,7	1,2
dar.: Ostdeutschland*	0,3	1,3	1,0
Nachrichtlich: USA	3,6	3,3	2,8
Euroraum	1,5	2,1	2,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,5	-0,1	0,0
Tariflöhne je Stunde	1,2	1,3	1,5
Effektivlöhne je Stunde	1,0	1,2	1,4
Lohnstückkosten ^a	-0,4	-0,4	-0,4
Verbraucherpreisindex	2,0	2,0	2,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 839	39 037	39 150
Westdeutschland**	33 189	33 372	33 470
Ostdeutschland*	5 650	5 665	5 680
Arbeitslose ^c	4 873	4 740	4 600
Westdeutschland**	3 553	3 480	3 380
Ostdeutschland*	1 320	1 260	1 220
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	11,1	10,8	10,5
Westdeutschland**	9,7	9,4	9,2
Ostdeutschland*	18,9	18,2	17,7
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates ^e	-3,6	-3,0	-2,3
	(-3,8)	(-3,1)	(-2,3)

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Angaben in Klammern bei Eingliederung der Postbeamtenversorgungskasse in den Staatssektor. – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20. 12.2005).